

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Joana Cotar, Uwe Schulz,  
Dr. Michael Esendiller, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 19/24419 –

**Planungsbeschleunigung – Ausbau von Gigabit-Netzen vorantreiben**

### A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert werden soll, den Ausbau von Gigabitnetzen und die damit verbundenen Planungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.**

### C. Alternativen

Annahme des Antrags.

### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/24419 abzulehnen.

Berlin, den 16. Dezember 2020

### **Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur**

**Cem Özdemir**  
Vorsitzender

**Gustav Herzog**  
Berichtersteller

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*

## Bericht des Abgeordneten Gustav Herzog

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/24419** in seiner 192. Sitzung am 19. November 2020 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller führen aus, dass die Digitalisierung und der Ausbau von Gigabit-Netzen wichtiger denn je sei, was sich insbesondere durch den Corona bedingten Lockdown gezeigt habe. In Deutschland gebe es derzeit etwas über 4,7 Millionen FTTB/H-Glasfaseranschlüsse, von denen stabil etwas mehr als ein Drittel von Endkunden genutzt werden könne, was etwa elf Prozent der deutschen Haushalte entspreche. Deutschland sei mit 4,1 Prozent Anteil an Breitbandanschlüssen weiterhin am Ende der OECD-Statistik zu finden.

Die Bundesregierung habe ein Förderprogramm zum Breitbandausbau in Höhe von elf Milliarden Euro aufgelegt. Übergeordnetes Ziel dieser Förderung sei superschnelles Internet mit mindestens 1 Gigabit/s in ganz Deutschland bis 2025. Der Bereitschaft des Bundes zur Auszahlung dieser Förderungen stehe der schleppende Ausbau entgegen.

Da Telekommunikationsunternehmen aus Kostengründen oftmals auf die Aufrüstung bestehender Kupfer- oder Fernseekabel setzten, könne es zu einer konterkarierenden Situation mit dem kommunalen Glasfaserausbau kommen. Förderungswürdig seien lediglich Kommunen, die unter der Aufreißschwelle von 30 Mbit/s lägen.

Über das Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau seien seit 2015 lediglich 566 Millionen Euro ausbezahlt worden. So fordere auch der Bundesverband Breitbandkommunikation eine Beschleunigung, weitere Digitalisierung sowie Entbürokratisierung der Genehmigungsverfahren. Ein Zuviel an Fördermitteln könne zu einer Preissteigerung im Glasfaserausbau führen, der durch eine zielgerichtete Bundesförderung Abhilfe geschaffen werden könnte

Der Deutsche Bundestag solle die Bundesregierung daher auffordern, Planungs- und Genehmigungsverfahren durch Entbürokratisierung zu beschleunigen, Verfahren zu straffen, zu verkürzen und zu vereinfachen sowie die Genehmigungsverfahren weiter zu digitalisieren, um somit Transparenz und Effizienz zu gewährleisten. Die Aufreißschwelle für die Bundesförderung solle auf 100 Mbit/s gehoben und die Breitbandverfügbarkeit an allen Gewerbestandorten verstärkt und gewährleistet werden. Für KMU sollen schlanke, transparente und nachvollziehbare Regelungen gewährleistet sowie alternative Verlegemethoden geprüft und vorangetrieben werden.

### III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/24419 in seiner 68. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag auf Drucksache 19/24419 in seiner 95. Sitzung am 16. Dezember 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Berlin, den 16. Dezember 2020

**Gustav Herzog**  
Berichterstatter

*Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.*